

tativkonferenz des Chinesischen Volkes aus Hongkong und ehemaliger Politiker Hongkongs).

Die Mitglieder des Wahlkomitees der ersten drei Kategorien werden vom Vorbereitungskomitee aus den Kandidaten der jeweiligen Kreise gewählt. Die Wahlveranstaltung wird Anfang November d.J. stattfinden. Noch im gleichen Monat wählt das Wahlkomitee den ersten Regierungschef der SR Hongkong. Im Dezember wird weiter ein "Provisorischer Legislativrat" der SR gewählt. (DGB, 11. und 12.8.96) -ni-

\*(32)

### Hongkongs Wirtschaftswachstum weiter abgebremst

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Hongkongs hatte im ersten Quartal d.J. eine Zuwachsrate von nur 3,1% zu verzeichnen, d.h. ein Rekordtief im Vergleich zu den letzten sechs Jahren. Vor einem Jahr hatte es noch bei 5,9% und im 4. Quartal 1995 bei 3,2% gelegen. Daraufhin sah sich die Regierung gezwungen, ihre Wachstumsvoraussage für das Jahr 1996 von 5% auf 4,7% nach unten zu korrigieren.

Verantwortlich für das rückläufige Wachstum ist vor allem die unbefriedigende Entwicklung des Außenhandels. Die Exporte wuchsen im ersten Halbjahr 1996 nur um 4%, verglichen mit 15% und 10% im ersten bzw. zweiten Halbjahr 1995. Da die Importe ebenfalls nur um 4% (im Vorjahr 17%) stiegen, reduzierte sich das Handelsdefizit auf 84 (88) Mrd. HK\$ (7,8 HK\$ = 1 US\$). Traditionell hat Hongkong im Dienstleistungsaustausch immer einen großen Überschuß. So sind die Devisenreserven der britischen Kolonie im ersten Halbjahr 1996 um 4% auf 60 Mrd. US\$ gestiegen; sie steht damit weltweit an siebter Stelle - das "große China" (Hongkong, Taiwan und das Festland zusammen) mit 232 Mrd. US\$ lag noch vor Japan (210 Mrd. US\$) an erster Stelle in der ganzen Welt. (NZZ, 31.8./1.9.96; SCMP, 6.8.96; DGB, 3.8.06; FT, 5.8.96) -ni-

Margot Schüller

## Chinas ökonomische Erfolge und soziale Herausforderungen

Zweistellige Wachstumsraten weisen auf den Erfolg bei der Umgestaltung des Wirtschaftssystems in China hin. Ein hohes Wirtschaftswachstum gilt als wichtigste Voraussetzung zur Reduzierung der Armut und Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Der Wandel des Wirtschaftssystems ist jedoch gleichzeitig mit Anpassungsprozessen hinsichtlich Beschäftigung und Einkommen für die Bevölkerung verbunden und führt zu sozialen Spannungen, da aus veränderten Beschäftigungs- und Einkommenschancen Gewinner und Verlierer der Reform resultieren. Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die Betrachtung der sozialen Probleme bzw. Herausforderungen als Folge der Veränderungen des Arbeitsmarktes.

Zunächst wird der Wandel der Beschäftigungs- und Einkommenssituation in den ländlichen Gebieten betrachtet, in denen zwei Drittel der Bevölkerung leben. Hierbei steht die Frage im Vordergrund, welche Folgewirkungen die Entkollektivierung der landwirtschaftlichen Produktions- und Distributionsstrukturen hinsichtlich Beschäftigung und Einkommen für die ländliche Bevölkerung mit sich brachten und wie die Bauern auf diese Veränderung reagierten. Dann wird untersucht, wie die Reform des städtischen Industriesektors die Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeiter und Angestellten in den Städten beeinflußt hat und wie sich Arbeitslosigkeit und zunehmende Einkommensunterschiede auf die soziale Stabilität auswirken. Abschließend werden die Entwicklungsperspektiven Chinas unter Berücksichtigung der sozialen Herausforderungen diskutiert.

### 1 Wachstumswunder China

#### 1.1 Wachstum und Strukturwandel

Chinas Wirtschaftswachstum seit Beginn der Reformen ist beeindruckend sowohl mit Blick auf die vergangenen Jahrzehnte als auch im Vergleich zu den asiatischen Nachbarländern. In der Tabelle 1 wird das chinesische Entwicklungstempo demjenigen Japans und der asiatischen NIEs (Newly Industrialised Economies) gegenübergestellt. Wird das Wirtschaftswachstum nach unterschiedlichen Zeiträumen aufgeteilt, wird deutlich, daß die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Chinas in den 80er Jahren dem Entwicklungstempo der NIEs in den 70er Jahren und Japans in den 60er Jahren ähnelte. Seit 1992 weist China sogar höhere Wachstumsraten als die NIEs auf.

Tabelle 1:  
**BIP-Wachstumsraten und Exportentwicklung:  
 VR China, Japan und die NIEs**

Zeitraum	VRCh	Japan	Südkorea	Taiwan	Hongkong	Singapur
<i>Reales BIP-Wachstum:</i>						
1960-70	5,2	10,9	8,6	9,2	10,0	8,8
1970-80	5,8	5,0	9,5	9,7	9,3	8,5
1980-90	9,5	4,1	9,7	7,1	7,1	6,4
1992	14,2	0,9	4,8	6,6	5,0	5,8
1993	13,5	0,6	5,7	6,2	5,8	9,8
1994	11,8	0,7	8,3	6,5	5,5	10,1

*Wachstumsrate der Exporte:*

1970-80	8,7	9,0	23,5	28,5	9,7	4,2
1980-92	11,9	4,6	11,9	16,0	5,0	9,9

*Anteil der Exporte am BIP (in Prozent):*

1992	16,8	9,2	25,8	42,8	38,9	137,7
------	------	-----	------	------	------	-------

Quelle: *China Statistical Yearbook 1995; World Development Report*, verschiedene Jahrgänge; *The Statistical Yearbook of China*, 1994; ADB, *Asian Development Outlook 1995*; Wohn, John (1996), "China's Economy in the 21st Century: An Asian Perspektive", in: *JETRO China Newsletter*, No. 120, Jan.-Febr., S. 12-19, hier S. 12.

Am Wirtschaftswachstum waren die verschiedenen Wirtschaftssektoren in unterschiedlichem Maße beteiligt (Tabelle 2). Der Vergleich der Wachstumsraten im Verlauf der Reform macht deutlich, daß der Agrarsektor nur Anfang bis Mitte der 80er Jahre zum hohen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstempo wesentlich beigetragen hat. Mit der Ausweitung der Reformen auf den städtischen Industriesektor gewann dieser als Wachstumsmotor an Bedeutung. Mit einer Erhöhung der industriellen Wertschöpfung von jährlich über 20% stieg der Beitrag des Industriesektors zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum sogar auf rd. 70% bis Anfang der 90er Jahre.

Tabelle 2:  
**Wachstumsraten\* einzelner Wirtschaftssektoren und ihre Beiträge zum BIP-Wachstum (Angaben in Prozent)**

	Landwirtschaft		Industrie		Andere Sektoren	
	Wachstum	Beitrag zum BIP-Wachstum	Wachstum	Beitrag zum BIP-Wachstum	Wachstum	Beitrag zum BIP-Wachstum
1979	6,1	31,1	8,2	40,1	9,1	28,8
1980	-1,5	-7,2	13,6	64,4	13,9	42,9
1981	7,0	54,2	1,9	16,6	5,1	29,2
1982	11,5	48,3	5,6	25,3	8,7	26,4
1983	8,3	29,8	10,4	38,1	12,6	32,1
1984	12,9	32,1	14,5	37,4	16,7	30,5
1985	1,8	5,0	18,6	54,0	19,6	41,1
1986	3,3	12,4	10,2	47,2	12,0	40,4
1987	4,7	12,9	13,7	49,3	14,2	37,8
1988	2,5	6,4	14,5	52,5	15,3	41,2
1989	3,1	19,1	3,8	37,2	6,0	43,7
1990	7,3	49,0	3,2	34,3	2,0	16,7
1991	2,4	8,1	13,3	69,1	5,8	22,8
1992	4,4	8,9	21,8	69,9	9,4	21,2
1993	4,0	7,0	20,4	71,2	9,8	21,8

\* der Nettowertschöpfung; in konstanten Preisen von 1990.

Quelle: World Bank (1995), *China: Macroeconomic Stability in a Decentralized Economy*, Washington, D.C., S. 180.

Da das Wachstumstempo des Industrie- und Tertiärsektors wesentlich höher war als dasjenige der Landwirtschaft, vollzog sich ein Strukturwandel. Zwar trägt der Industriesektor weiterhin mit rund 50% zum Sozialprodukt bei, doch fiel der Anteil des landwirtschaftlichen Sektors auf 19,6% zurück, und der Anteil des Tertiärsektors erhöhte sich auf 31,1%. Die rückläufige Bedeutung des Agrarsektors spiegelt sich auch in der Beschäftigungsstruktur wider, wenn auch in geringerem Umfang.

Tabelle 3:  
**Wandel der Wirtschaftsstruktur  
 (Angaben in Prozent)**

	1978	1995
<i>Bruttoinlandsprodukt:</i>		
Primärsektor	28,1	19,6
Sekundärsektor	48,2	49,1
Tertiärsektor	23,7	31,1
<i>Beschäftigung:</i>		
Primärsektor	70,5	52,2
Sekundärsektor	17,4	23,0
Tertiärsektor	12,1	24,8

Quelle: *China Statistical Yearbook 1995; A Statistical Survey of China 1996*, S.4.

### 1.2 Das Geheimnis des "Wirtschaftswunders"

Die Steigerung der Inputfaktoren wie Kapital, Arbeit, Technologie, Energie etc. und ihr zunehmend effizienterer Einsatz im Rahmen einer veränderten Wirtschaftsordnung sind als Ursachen für das schnelle gesamtwirtschaftliche Entwicklungstempo in China zu benennen. Für den Wachstumsprozeß war die Kapitalbildung mit einem Umfang der inländischen Bruttoinvestitionen im Verhältnis zum BIP von durchschnittlich rd. 30-40% von zentraler Bedeutung. Die Zunahme der privaten Ersparnisbildung und hohe Zuflüsse von Auslandskapital spielten hierbei eine wichtige Rolle.<sup>1</sup>

Triebkräfte des hohen Wirtschaftswachstums waren die mit der Reform geschaffenen Produktions- und Effizienzreize, die unternehmerische Energien freisetzen und Wettbewerb zwischen in- und ausländischen Unternehmen erlaubten. Hierzu zählten auf der Makroebene die weitgehende Liberalisierung der Preise, des inländischen Handels und des Außenhandels sowie des Währungssystems und auf der Mikroebene die größeren ökonomischen Freiheitsräume für landwirtschaftliche Produzenten, nichtstaatliche Unternehmer und Lokalbehörden. Nach Schätzung der Weltbank trugen der vermehrte Einsatz insbesondere von Kapital, aber auch die Steigerung der Erwerbsquoten im Zeitraum 1985 bis 1994 mit rd. zwei Dritteln zur gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von 10,2% bei. Das restliche Drittel wird auf Produktivitätssteigerungen bei der Inputverwendung zurückgeführt, die durch strukturelle Veränderungen zwischen den Sektoren und Effizienzgewinne in den Unternehmen und anderen Produktionseinheiten ausgelöst wurden.<sup>2</sup>

Tabelle 4:

**Quellen des Wirtschaftswachstums**  
 (jährliche Wachstumsraten in Prozent)

	1985-94	1985-89	1990-94
BIP-Wachstum	10,2	9,9	10,5
<i>Quellen:</i>			
- Vermehrter Einsatz von Faktoren	6,6	7,1	6,1
- Reallokation der ländl. Arbeitskräfte	1,0	1,3	0,6
- Neustrukturierung der Eigentumsrechte	0,4	0,0	0,9
- Steigerung der Gesamtproduktivität	2,2	1,4	2,9

Quelle: Schätzungen der Weltbank. Worldbank (1996), *The Chinese Economy. Fighting Inflation, Deepening Reforms*, Washington, D.C., S.14.

Nach Schätzungen der Weltbank trug die Abwanderung der ländlichen Arbeitskräfte in den Industrie- und Tertiärsektor mit rd. 1% zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Die Neuverteilung der Ressourcen zwischen den staatlichen und nichtstaatlichen Unternehmen erhöhte das BIP-Wachstum um 0,4% im Zeitraum 1985-94 und um 0,9% in den Jahren von 1990-94. Gerade in den letzten Jahren haben die privaten inländischen Unternehmen und Unternehmen mit Auslandskapital ihren Beitrag an der industriellen Wertschöpfung und zum Wachstum erhöht.<sup>3</sup>

## 2 Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung in den ländlichen Gebieten

### 2.1 Ländliche Beschäftigungssituation

Mit der raschen Ausweitung der zunächst als Experiment eingeführten familienbezogenen Verpachtung des Bodens trat die verdeckte Unterbeschäftigung der ländlichen Arbeitskräfte offen zutage. Aufgrund der knappen Bodenressourcen war die jedem Haushalt zugeteilte Nutzungsfläche derart gering, daß ein Teil der Arbeitskräfte nicht nur saisonal unterbeschäftigt blieb und eine neue Beschäftigung in anderen Sektoren finden mußte.<sup>4</sup>

Die Lockerung des staatlichen Handelsmonopols und der Wirtschafts- und Gewerbefreiheit sowie die Gründung neuer ländlicher Unternehmen ermöglichten die Absorbierung eines Teils der überschüssigen Arbeitskräfte. Ländliche (nichtlandwirtschaftliche) Unternehmen entwickelten sich als Zulieferbetriebe für große Staatsunternehmen, als Zulieferer und Kooperationspartner ausländischer Unternehmen sowie als Produktionsbetriebe für die Verarbeitung lokaler landwirtschaftlicher Rohstoffe und einfacher Konsumgüter. Die Bedeutung der privaten und kollektiveigenen Unternehmen in den ländlichen Kleinstädten, Gemeinden und Dörfern für die Beschäftigung in den ländlichen Gebieten nahm von 1978 bis 1994 schnell zu. Diese Unternehmen beschäftigten inzwischen landesweit rd. ein Viertel der ländlichen Arbeitskräfte (Tabelle 5). Ihr Anteil am gesamten gesellschaftlichen Bruttoproduktionswert erhöhte sich von 23,5% im Jahre 1980 auf 70,8% im Jahre 1992.<sup>5</sup>

Tabelle 5:

**Beschäftigung in den ländlichen Gebieten**

Jahr	Gesamtarbeitskräfte in Mio.	Landwirtschaft in Mio.	%	Ländl. Betriebe	
				in Mio.	%
1978	306,38	284,56	92,9	28,27	9,2
1985	370,65	303,52	81,9	69,79	18,8
1990	420,09	333,36	79,4	92,65	22,1
1991	430,92	341,86	79,3	96,01	22,3
1992	438,02	340,37	77,7	105,81	24,2
1993	442,56	332,58	75,1	123,45	27,9
1994	446,54	326,90	73,2	120,18	26,9

Anmerkung:

Aufgrund von Überschneidungen addieren sich die prozentualen Beschäftigungsanteile nicht auf 100%.

Quelle: *China Statistical Yearbook 1995*, S. 329; 330; 364.

Allerdings entwickelten sich die ländlichen Unternehmen in regional sehr unterschiedlichem Maße. Für die Lokalregionen in den wirtschaftlich höher entwickelten Küstenprovinzen und in der Umgebung von Großstädten bestanden wesentlich bessere finanzielle Bedingungen und Marktanreize, ländliche Kleinbetriebe zu fördern, als für andere in Zentral- und Westchina. Daher blieb die Gründung dieser Betriebe überwiegend auf die Küstenregionen beschränkt. Welche regional unterschiedliche Bedeutung die ländlichen Unternehmen Anfang der 90er Jahre besaßen, macht die folgende Tabelle 6 deutlich. Ihr Beitrag zum gesamten ländlichen Sozialprodukt und auch zur Beschäftigung in den ländlichen Gebieten sowie zum Einkommen der Haushalte ist in den Küstenprovinzen Ostchinas mehr als doppelt so hoch wie in Westchina und übersteigt bei weitem das Niveau in Zentralchina.

Tabelle 6:

**Regionale Bedeutung der ländlichen Betriebe 1991**  
 (Anteile in Prozent)

	Gesamtchina	Ostchina	Zentralchina	Westchina
Anteil des BPW ländl. Betriebe am ländlichen Sozialprodukt	61,1	69,6	55,1	28,5
Anteil der Beschäftigten in ländl. Betrieben an der ländl. Gesamtbeschäftigung	22,3	30,0	20,1	11,6
BPW der ländl. Industrie / Pro Kopf der ländl. Bevölkerung	1.283	2.333	823	315
Anteil des Lohneinkommens von ländl. Betrieben am gesamten bäuerl. Pro-Kopf-Nettoeinkommen	20,4	24,4	18,3	11,6

Quelle: Li, Jingwen (1995), *Zou xiang 21 shiji de zhongguo jingji*, Beijing, S.282.

### 2.2 Entwicklung der ländlichen Einkommen

Mit den Zugangsmöglichkeiten zu neuen Erwerbszweigen wie Handel, Handwerk, Transport und Gastronomie sowie durch die ländlichen Industriebetriebe entstanden neue Beschäftigungs- und damit Einkommensmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung neben den traditionellen Bereichen Feldbau, Vieh- und Fischzucht und Nebengewerbe. Obwohl die staatlichen Ankaufpreise für Agrarpro-

dukte wiederholt angehoben wurden, ging der Beitrag der Einkommen aus den traditionellen Bereichen zum ländlichen Gesamteinkommen von 91% im Jahre 1978 auf 68% im Jahre 1994 zurück, und Einkommensquellen aus der Beschäftigung in Industrie, Bauwirtschaft und im Tertiärsektor gewannen an Bedeutung.<sup>6</sup>

Im Vergleich zur städtischen Bevölkerung erhöhten sich die Einkommen der Bauern bis Mitte der 80er Jahre weit aus schneller, und die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land reduzierten sich. Aufgrund des stärkeren Wachstums der städtischen Einkommen in den Folgejahren nahm der Stadt-Land-Einkommensunterschied jedoch wieder zu, und die Bauern sahen sich 1994 im landesweiten Durchschnitt schlechter gestellt als 1978.

Tabelle 7:

#### Ländliche Einkommensentwicklung: Zuwachsraten und Relation zu den städtischen Einkommen

	Zuwachsrate der ländl. Einkommen	Einkommensunterschiede Stadt und Land
1978-84	14,9%	1978: 2,37 : 1 1984: 1,71 : 1
1985-90	-0,3%	
1991-94	5,3%	1994: 2,61 : 1

Quelle: Jun, Han (1995), "The Prospects for Agricultural Production in the PRC", in: Salomon Brothers (ed.), *The Economy of the PRC: Analysis and Forecasts*, Studies by the Salomon Brothers Panel of PRC Experts, S.67.

Nicht nur gegenüber der städtischen Bevölkerung hat sich die Einkommensschere in den letzten Jahren vergrößert, sondern auch innerhalb der ländlichen Gebiete ist die Einkommensverteilung immer ungleicher geworden. Die Zunahme der ungleichen Einkommensverteilung ist vor allem Folge der Konzentration ländlicher Betriebe in den Küstenprovinzen. Wird die Veränderung des Gini-Koeffizienten (Maßstab der ungleichen Einkommensverteilung) betrachtet, dann zeigt sich eine Vergrößerung der Unterschiede von 0,2 im Jahre 1978 auf 0,33 im Jahre 1993. In diesen Jahren war das Einkommen der reichsten 20% aller ländlichen Haushalte erst um das 2,88fache größer und erhöhte sich dann auf das 5,5fache. Während die reichsten Haushalte in den ländlichen Vororten der Küstenstädte Shanghai, Beijing, Tianjin sowie den Provinzen Guangdong und Zhejiang konzentriert sind, findet sich die Mehrzahl der ärmsten Haushalte in den Westprovinzen Guizhou, Yunnan, Gansu, Qinghai, Ningxia und Xinjiang.<sup>7</sup> Aus einer Reihe dieser Provinzen rekrutiert sich denn auch der Strom von ländlichen Wanderarbeitern, die auf der Suche nach Arbeit in die Städte innerhalb ihrer Provinzen und bis in die boomenden Küstenstädte strömten.

### 2.3 Abwanderung in die Städte

Das Phänomen der Migration von Bauern in die Städte entstand vor allem in den Inlandprovinzen und in Regionen, die keine alternative Beschäftigung für die überschüssigen Arbeitskräfte fanden und überwiegend agrarisch strukturiert sind. Hohe Preissteigerungen für landwirt-

schaftliche Inputs wie Kunstdünger, Saatgut, Maschinen etc. reduzierten die Gewinne der Bauern, die sich nach attraktiveren Einkommensmöglichkeiten auch außerhalb ihrer Dörfer umsahen. Der Zug von ländlichen Wanderarbeitern in die Städte hat seit Ende der 80er Jahre rasant zugenommen. Die Gesamtzahl der Wanderbevölkerung wird auf 80 bis 100 Mio. Menschen geschätzt, wobei sich rd. ein Drittel außerhalb der Grenzen ihrer eigenen Provinz niedergelassen hat. Die Migrationsströme haben die künstliche Barriere zwischen Stadt und Land aufgebrochen, die eine strenge Wohnsitzkontrolle und die Entwicklung von zwei relativ unabhängigen Systemen der Beschäftigung und sozialen Versorgung möglich gemacht hatte.

Den unterbeschäftigten ländlichen Arbeitskräften bietet die Abwanderung in die Städte die Chance, Einkommen und Kenntnisse zu erwerben, die ihnen bei ihrer Rückkehr in die Dörfer nützlich sein können. Die Finanztransfers der Bauern in ihre Heimatdörfer sind für die Familien dort eine wichtige Einkommensquelle geworden und tragen zur Reduzierung der ländlichen Armut bei. Die Migrationsströme konfrontieren die Städte jedoch mit vielfältigen Problemen. Die soziale und materielle Infrastruktur wird durch den Zustrom der Wanderarbeiter stark in Anspruch genommen, Wanderarbeiter entziehen sich stärker der Kontrolle der lokalen Behörden hinsichtlich Geburtenplanung und Strafdelikten. Vor dem Hintergrund der zunehmenden städtischen Arbeitslosigkeit stellen die Wanderarbeiter außerdem eine Konkurrenz in bestimmten städtischen Arbeitsmarktsegmenten dar. Selbst wenn angenommen wird, daß die Zahl der noch in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte niedriger ist als in den chinesischen Statistiken ausgewiesen,<sup>8</sup> so kann doch die Abwanderung weiterer Teile der überschüssigen Landarbeiter mittel- und langfristig keine Lösung für die ländliche Beschäftigungskrise darstellen.

## 3 Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung in den Städten

### 3.1 Städtische Beschäftigungssituation

Die Reformen im städtischen Industriesektor führten zu einem Wandel der Beschäftigungssituation für die Arbeiter und Angestellten in den staatseigenen Unternehmen und veränderten die städtische Beschäftigung insgesamt. Obwohl keine offene Privatisierung der staatseigenen Unternehmen verfolgt wurde, die vergleichbar mit der Situation in Osteuropa und Rußland wäre, veränderte sich dennoch die Bedeutung des Staatssektors in einem bemerkenswerten Umfang. Diese Entwicklung ist auf die zweigleisige Transformationsstrategie zurückzuführen, die die staatlichen Betriebe bestehen ließ und durch Reformen in ihrer Effizienz zu stärken versuchte, jedoch gleichzeitig in vielen Branchen die Zutrittsbedingungen für private, kollektive sowie Unternehmen mit Auslandskapital lockerte. Hierdurch konnte sich ein dynamischer nichtstaatlicher Industriesektor entfalten, der zunehmend als Konkurrent gegenüber den Staatsunternehmen auf den Rohstoff- und Absatzmärkten auftritt. Der Wettbewerbsdruck verstärkte den Anpassungszwang für die staatseigenen Unternehmen, die sich stärker am Markt orientieren mußten und durch den Verlust ihrer Monopolstellung in vielen Branchen ihre Gewinne einbüßten.

Die rückläufige Bedeutung des Staatssektors spiegelt sich im kontinuierlich sinkenden Anteil am Industrieoutput wider, der 1995 nur noch rd. 30% ausmachte (Tabelle 8). Für die Beschäftigung im Industriesektor spielen die staatseigenen Industriebetriebe dagegen mit einem Anteil von rd. 66% (1994) weiterhin eine herausragende Rolle, obwohl die nichtstaatlichen Industriebetriebe seit Mitte der 80er Jahre den Umfang ihrer Beschäftigtenzahl von 17 auf 22 Mio. erhöhten.<sup>9</sup>

Tabelle 8:

**Industrieoutput nach Eigentumsformen**  
(Anteile in Prozent)

	1978	1985	1995
Staatl. Unternehmen	77,6	64,9	30,9
Kollektiveigene Unternehmen	22,4	32,1	42,8
Individualbetriebe	--	1,8	13,2
Sonstige Eigentumsformen	--	1,2	13,1

Quelle: *Zhongguo Tongji Zhaiyao 1996 (A Statistical Survey of China 1996)*, S.75.

Wird der städtische Arbeitsmarkt insgesamt und nicht nur die Industrie betrachtet, dann zeigen sich eine stärkere Verschiebung der Anteile zwischen Unternehmen mit unterschiedlichen Eigentumsformen und ein Rückgang der Beschäftigung im Staatssektor von 78% im Jahre 1978 auf 67% im Jahre 1994 (Tabelle 9). Gleichzeitig wird deutlich, daß die Aufnahmefähigkeit der nichtstaatlichen Unternehmen in den letzten Jahren weitaus größer war als diejenige der staatseigenen Unternehmen. Da diese sich in einem Umstrukturierungsprozeß mit dem Ziel der Effizienzsteigerung befinden, der die Freisetzung von Millionen Beschäftigten erfordert, wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze wohl zukünftig nur noch vom nichtstaatlichen Sektor, insbesondere von Privatunternehmen, abhängen. Bereits 1992 wurde der tatsächliche Umfang der Beschäftigung im städtischen Privatsektor auf 22-34% bzw. 36-60 Mio. Arbeitskräfte geschätzt.<sup>10</sup>

Tabelle 9:

**Entwicklung und Struktur der Beschäftigung im städtischen Sektor**

	1978		1985		1995	
	Mio.	%	Mio.	%	Mio.	%
Städtische Gesamtbeschäftigung	95,1	100	128,1	100	168,2	100
- Staatseigene Einheiten	74,5	78,3	89,9	70,2	112,1	66,7
- Kollektiveigene Einheiten	20,5	21,5	33,2	25,9	32,8	19,5
- Andere Eigentumsformen*	0,15	0,2	4,9	3,9	23,1	13,8

\* Enthält Unternehmen mit Auslandskapital, Privatunternehmen, Individualbetriebe (bis 8 Beschäftigte), Aktiengesellschaften und andere Mischformen.

Quelle: *China Statistical Yearbook 1995*, S. 84.

Für die städtischen Arbeiter und Angestellten in den Staatsbetrieben führte die Umgestaltung des Wirtschaftssystems dazu, daß ihre zahlreichen Privilegien wie lebenslange Arbeitsplatzgarantie, Bereitstellung von Wohnraum sowie eine umfassende und nahezu kostenlose Vorsorge bei Krankheit und Alter erodierte. An die Stelle der Arbeitsplatzgarantie trat zunehmend ein System von befristeten Arbeitsverträgen, das auch die Entlassung von Beschäftigten erlaubte. Im Jahre 1994 war bereits ein Drittel der Neuzugänge in staatlichen und kollektiveigenen Betrieben über kündbare Arbeitsverträge eingestellt worden. Der Anteil aller Arbeitskräfte, die über Verträge beschäftigt waren, betrug 1994 26%. Der Konkurrenzdruck zwischen den Arbeitssuchenden verstärkte sich außerdem, da den Unternehmen über den Arbeitsmarkt qualifizierte Arbeitskräfte angeboten wurden, die sie nach dem eigenen Bedarf auswählen konnten.<sup>11</sup>

Das Selbstverständnis und die soziale Stellung der Beschäftigten in den staatseigenen Unternehmen, die als "Pioniere der Arbeiterklasse" von der Kommunistischen Partei Chinas lange Jahre hofiert worden waren, haben durch die drohende Arbeitslosigkeit stark gelitten.<sup>12</sup> Mit der Zuspitzung der wirtschaftlichen Probleme in vielen staatseigenen Unternehmen Anfang der 90er Jahre sah sich die Regierung mit einer Welle von Protesten, Streiks und Petitionen konfrontiert. Die Arbeiter wandten sich vor allem gegen inflationsbedingte Einkommensverluste, Verzögerungen von Lohnzahlungen, drohenden Arbeitsplatzverlust und Gefährdung ihrer Renten sowie gegen Korruption der Betriebsführung. Allein 1993 registrierte der offizielle Gewerkschaftsbund mehr als zehntausend spontane Protestaktionen der Arbeiter. Regional besonders betroffen von Arbeiterstreiks waren die Provinz Liaoning, in der Staatsunternehmen anteilmäßig stärker vertreten sind als in anderen Küstenprovinzen, sowie die Inlandsprovinzen Shaanxi und Sichuan.<sup>13</sup> Unter dem Druck der Arbeiterproteste wurde die Verabschiedung eines ersten Arbeitsgesetzes Ende 1994 beschleunigt, das sowohl Aspekte der Beschäftigung wie Arbeitszeit- und Urlaubsregelung, Standards für Mindestlöhne, Bedingungen der Kündigung von Arbeitskräften sowie soziale Sicherung und Sicherheit am Arbeitsplatz umfaßt.<sup>14</sup> Die Dringlichkeit arbeitsrechtlicher Bestimmungen erschien auch vor dem Hintergrund der Prognosen des chinesischen Arbeitsministeriums für 1995 besonders groß. So wurde mit einer weiteren Verschärfung der städtischen Beschäftigungssituation gerechnet, da neben 10 Mio. Arbeitskräften, die neu auf den Arbeitsmarkt drängten, bei strikter Anwendung des Konkursrechtes für staatseigene Verlustunternehmen mit weiteren 10 Mio. überschüssiger Arbeitskräfte gerechnet wurde. Die Angst der Regierung vor sozialen Unruhen führte dazu, daß auch 1995 die ehrgeizigen Pläne zur Schließung von langfristig ineffizienten Unternehmen nur sehr zaghafte umgesetzt wurden.<sup>15</sup>

Zwar umfaßte die offene städtische Arbeitslosigkeit 1995 "nur" 5,2 Mio. Menschen und belief sich damit auf 2,9%, doch lag die versteckte Arbeitslosigkeit nach unterschiedlichen Schätzungen mit 10-30% weitaus höher. Daß die 7,54 Mio. Arbeitskräfte, die im 1. Quartal 1996 als Beschäftigte in Unternehmen registriert waren, deren Produktion jedoch ganz oder teilweise eingestellt wurde und die nur mit einem minimalen Entgelt nach Hause geschickt wurden, nicht als arbeitslos gelten, hat überwiegend politische Gründe. Abgesehen von der Tatsache, daß es noch

immer kein flächendeckendes System der Arbeitslosenversicherung gibt, wird von der Regierung eine enge Verbindung zwischen offener Arbeitslosigkeit und sozialer Instabilität gesehen. In der Übergangsphase wird die Weiterführung dieser unrentablen Unternehmen als Instrument benutzt, um das vorhandene soziale Unruhepotential zu begrenzen. Auf lokaler Ebene kann diese Art der versteckten Arbeitslosigkeit sehr groß sein; in Shanghai sind hiervon beispielsweise 600.000 Arbeitskräfte, in den Städten Chongqing und Shenyang jeweils etwa 200.000 Arbeitskräfte, d.h. 17-28% der Beschäftigten in lokalen staatlichen Unternehmen, betroffen.

Um den Druck auf den städtischen Arbeitsmarkt zu reduzieren, soll mittelfristig nicht nur das bestehende Arbeitsplatzangebot vor allem im tertiären Sektor ausgebaut, sondern vor allem die Land-Stadt-Migration eingeschränkt werden.<sup>16</sup> Städte wie Beijing haben bereits mit administrativen Maßnahmen begonnen. Hier wird für die nächsten Jahre damit gerechnet, daß 228.000 Arbeitsplätze in staatlichen und kollektiven Unternehmen wegfallen und sich damit die Arbeitslosigkeit verschärfen wird. Andererseits gibt es in Beijing 3,3 Mio. offiziell registrierte Wanderarbeiter, die vor allem in der Bau- und Textilindustrie und im Dienstleistungssektor arbeiten.<sup>17</sup>

### 3.2 Einkommensentwicklung in den Städten

Der Abbau von Privilegien für Beschäftigte in Staatsunternehmen ging einher mit Veränderungen in ihrer Einkommenssituation. Neben der lebenslangen Arbeitsplatzgarantie war gerade die egalitäre Lohnstruktur in den staatseigenen Unternehmen mit ihren mangelnden Leistungsanreizen in den Brennpunkt der Reform im städtischen Industriesektor Mitte der 80er Jahre gestellt worden. Der Einfluß der Unternehmen auf die Lohnbemessung sollte eine engere Verknüpfung zwischen Entlohnung und individueller Leistung der Beschäftigten sowie der Gewinnsituation der Staatsunternehmen ermöglichen. Aber diese Ziele waren bis Anfang der 90er Jahre mit Blick auf den Anstieg von Reallohn und Boni im Vergleich zur rückläufigen Kapitalrentabilität der Unternehmen erst in beschränktem Maße erreicht.<sup>18</sup> Es läßt sich innerhalb der Staatsunternehmen jedoch bereits eine Differenzierung der Lohnstruktur zwischen verschiedenen Branchen sowie solchen Unternehmen, die Gewinne und Verluste machen, feststellen. Auch hat die Bedeutung der Boni im Verhältnis zum Gesamtlohn seit Reformbeginn deutlich zugenommen, und die Höhe der nach Leistungskriterien vergebenen Boni-Zahlungen variiert stark zwischen Unternehmen, die Verluste bzw. Gewinne erwirtschaften. Aufgrund der hohen Inflation wurde in den letzten Jahren allerdings ein erheblicher Teil des Lohns als Preissubvention gezahlt und war damit nicht leistungsbezogen. Diese Veränderungen führten dazu, daß sich die Einkommensunterschiede zwischen den Staatsunternehmen vergrößerten.<sup>19</sup>

Daß sich die Einkommenssituation der Beschäftigten in den Staatsbetrieben im Vergleich zu den privatwirtschaftlich arbeitenden Unternehmen verschlechtert hat, zeigt die Darstellung der Lohnentwicklung (Tabelle 10). Der Pro-Kopf-Gesamtlohn liegt in den staatseigenen Unternehmen zwar über dem Durchschnitt aller Unternehmen und ist höher als in den kollektiveigenen Unternehmen, im Vergleich zu den Unternehmen mit Auslandskapital, den Aktiengesellschaften und Privatunternehmen verdienen die

Beschäftigten in den staatseigenen Unternehmen jedoch rd. 20% weniger. Während die Staatsbetriebe höhere Subventionen (als Kompensation für steigende Preise) zahlen, sind die Boni als leistungsbezogene Teile des Gesamtlohns in staatlichen Unternehmen weitaus geringer.

Tabelle 10:

#### Entwicklung der nominalen Pro-Kopf-Durchschnittslöhne in Unternehmen verschiedener Eigentumsformen

	1993		1994	
	Yuan	Anstieg	Yuan	Anstieg
<i>Grundlöhne:</i>				
Alle Unternehmen	3.371	24,3	4.538	34,6
Staatsunternehmen	3.532	22,7	4.797	35,8
Städt. Kollektivunternehmen	2.592	22,9	3.245	25,2
Andere Eigentumsformen	4.966	25,2	6.303	26,9
<i>Boni:</i>				
Alle Unternehmen	749	32,9	813	8,5
Staatsunternehmen	822	35,6	858	4,4
Städt. Kollektivunternehmen	430	35,6	496	15,5
Andere Eigentumsformen	1.267	53,8	1.524	20,3
<i>Subventionen:</i>				
Alle Unternehmen	782	28,9	1.034	32,2
Staatsunternehmen	886	29,3	1.175	32,6
Städt. Kollektivunternehmen	455	21,7	587	29,1
Andere Eigentumsformen	689	29,3	871	26,4

Quelle: *China Statistical Yearbook 1994*, S. 112 und 1995, S. 112.

Wird die Einkommensentwicklung in den Städten insgesamt betrachtet, dann lassen sich zwischen verschiedenen Berufsgruppen und Beschäftigungsarten große Unterschiede feststellen. Die Arbeitskräfte in Staatsunternehmen verdienen gegenüber privaten Gewerbetreibenden, Privatunternehmern, Leitern von Kollektivbetrieben, Künstlern und Beschäftigten in Joint-Venture-Unternehmen, aber auch Taxifahrern und Touristenführern weitaus weniger. Auch regional haben sich große Unterschiede in den städtischen Einkommen herausgebildet, so daß Beschäftigte in den Küstenprovinzen relativ besser gestellt sind als Arbeiter und Angestellte in der Zentral- und Westregion Chinas.<sup>20</sup>

## 4 Sozialer Konfliktstoff in den Städten

Mit der Umstrukturierung der Staatsunternehmen wurde die Entwicklung einer überbetrieblichen sozialen Absicherung der Beschäftigten bei Krankheit, Unfall und Alter sowie Arbeitslosigkeit notwendig. Bis dahin hatten die Unternehmen alle sozialen Leistungen, einschließlich der subventionierten Nutzung von Wohnungen, Kindergärten, Kantinen sowie kulturellen und sportlichen Betriebseinrichtungen, übernommen. Um ihre Kosten zu beschränken, begannen die Unternehmen Mitte der 80er Jahre damit, ihre Beschäftigten an den Aufwendungen für die betriebliche Krankenversorgung zu beteiligen. Vor allem für die Behandlung schwerer und langwieriger kostenintensiver Krankheiten kommen die Betriebe inzwischen überhaupt nicht mehr auf.<sup>21</sup>

Da die Staatsunternehmen vor Beginn der Reformen ihre Löhne und Zusatzleistungen aus laufenden Einnahmen finanziert und keine Rücklagen für Pensionsansprüche und andere Verbindlichkeiten gebildet hatten, drohte den Be-

schäftigten bei einem Arbeitsplatzwechsel oder bei Arbeitslosigkeit der Verlust sämtlicher Vergünstigungen wie Krankenversicherung, Rentenansprüche, Nutzung der subventionierten Wohnungen etc. Solange überbetriebliche soziale Sicherungssysteme nicht bestanden, hatten die Arbeiter und Angestellten in den Staatsunternehmen demnach ein starkes Interesse, im Unternehmen zu verbleiben.<sup>22</sup> Obwohl bereits in einzelnen Provinzen verschiedene Ansätze zur Entwicklung überbetrieblicher Sicherungssysteme existieren und das Arbeitsgesetz von 1995 die Verlagerung der sozialen Leistungen aus den Unternehmen nochmals im einzelnen fordert, ist das Ausmaß der sozialen Absicherung der Beschäftigten regional sehr unterschiedlich.

Der schnelle wirtschaftliche Reformprozeß und der damit verbundene soziale Wandel erfordern hohe Investitionen in die medizinische Infrastruktur, die soziale Sicherung und den Wohnungsbau sowie für die Unterstützung der Arbeitslosen. In den 80er Jahren und sogar bis Mitte der 90er Jahre sind diese sozialen Fragen nur unzureichend aufgegriffen und in konkrete Politik wie beispielsweise in Vorschriften zur Bildung von Rücklagen für zukünftige Rentner umgesetzt worden. Mit Blick auf die erwartete Zunahme alter Menschen mit Rentenansprüchen auf 35 Mio. bis zum Jahre 2000 (1990 waren es noch 23 Mio.) ist der Aufbau eines überbetrieblichen Rentenversicherungssystems dringend erforderlich, um die Staatsbetriebe von Pensionszahlungen zu entlasten und im Wettbewerb mit anderen Unternehmen gleichzustellen.<sup>23</sup> Die hohe Teuerungsrate der letzten Jahre hat den Lebensstandard alter Menschen in den Städten aufgrund ihrer niedrigen fixen Einkommen stärker als andere Teile der städtischen Bevölkerung betroffen. Um ihre materielle Versorgung zu gewährleisten, müssen inzwischen bereits 30% der Rentner (Rentenalter bei Frauen im Durchschnitt 50 und bei Männern 60 Jahre) einer zusätzlichen Beschäftigung nachgehen. Die meisten Rentner mit Versorgungsansprüchen staatlicher Unternehmen waren vor Beginn der Wirtschaftsreform sozial besser abgesichert als heute. Staatsbetriebe mit hohen Verlusten müssen entweder ihre betrieblichen Rentenleistungen beschneiden bzw. können sie nicht mehr der Inflationsentwicklung anpassen oder sind überhaupt nicht mehr in der Lage, Renten zu zahlen.<sup>24</sup>

Die soziale Absicherung im Alter schließt nicht nur die Menschen in den ländlichen Gebieten völlig aus, sondern auch in den Städten erfaßte das Versicherungssystem bis Mitte der 80er Jahre nur Beschäftigte in Staatsbetrieben. Eine Rentenversicherung in den kollektiveigenen und privaten Unternehmen wird zwar empfohlen, ist gesetzlich jedoch nicht verbindlich vorgesehen. Noch stärker als die unzureichende soziale Absicherung alter Menschen in den Städten kann die steigende Arbeitslosigkeit sozial destabilisierend wirken; Lösungen sind hierfür deshalb weitaus dringender erforderlich.

Das tatsächliche Ausmaß der verdeckten Arbeitslosigkeit wird durch die Trennung in städtischen und ländlichen Arbeitsmarkt künstlich verdeckt. Zwar wurde die administrative Kontrolle über die Land-Stadt-Migration in den letzten Jahren gelockert, doch isoliert die Migrationskontrolle noch immer wirkungsvoll den städtischen vom ländlichen Arbeitsmarkt und segmentiert innerhalb der Städte den Arbeitsmarkt nach regulären Beschäftigten und ländlichen Wanderarbeitern. Nur durch diese Aufteilung konnte

die Arbeitslosigkeit auf einem derart niedrigen Niveau von 2-3% gehalten werden. Die bisherige soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit erfaßt ebenso wie die Rentenversicherung nur städtische Beschäftigte und war bis vor wenigen Jahren auf Staatsunternehmen beschränkt. Im Rahmen lokal unterschiedlicher Versicherungssysteme, an denen auch nichtstaatliche Unternehmen beteiligt werden können, erhält ein Teil der Arbeitslosen heute abhängig von der Beschäftigungsdauer und der Ursache der Arbeitslosigkeit lediglich bis zu zwei Jahren eine Unterstützung, die weit unterhalb des Mindestlohns liegt. Die Absicherung der Beschäftigten in privaten Unternehmen sowie der ländlichen Wanderarbeiter, die in den Städten beschäftigt sind, ist dagegen noch weitgehend offen.<sup>25</sup>

Nach Einschätzung des chinesischen Arbeitsministeriums zählt die Beschäftigungsfrage auch mittelfristig zu den größten Problemen Chinas, da die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit der Nachfrage nicht Schritt halten wird. Ohne erhebliche Gegensteuerung wird bis zum Jahre 2000 mit einer Zahl von über 150 Mio. Arbeitslosen in den städtischen und ländlichen Regionen zu rechnen sein, für die eine soziale Absicherung erforderlich sein wird.<sup>26</sup>

## 5 Entwicklungsperspektiven

Die im Vergleich zur ehemaligen UdSSR und den osteuropäischen Ländern sehr erfolgreiche Systemtransformation hat Chinas Ausgangsbedingungen für das 21. Jahrhundert wesentlich verbessert. Die dynamische Wirtschaftsentwicklung zieht weiterhin ausländische Investoren in das Land, die auf ein stabiles Wirtschaftswachstum setzen. Die meisten Experten sind sich darüber einig, daß China in zehn bis zwanzig Jahren eine noch größere Rolle im globalen Wirtschaftssystem spielen wird als heute. Entsprechend den eigenen Vorstellungen strebt China sowohl im laufenden Fünfjahresplan (1996-2000) als auch darüber hinaus eine Wachstumsrate von rd. 8% an. Daß China ohne größere Rückschläge das bisher sehr schnelle Entwicklungstempo auch zukünftig beibehalten kann, davon ist jedoch nicht automatisch auszugehen.

Zu den wichtigsten Faktoren, die Einfluß auf die mittel- und langfristige Entwicklung nehmen, zählen sowohl stabile außenwirtschaftliche und als auch stabile binnenwirtschaftliche Bedingungen. Offene Märkte für Chinas Exporte und hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland sind die wichtigsten externen Rahmenbedingungen. Im Inland sind neben hohen Sparquoten und Investitionen noch weitere Voraussetzungen erforderlich, die vor allem die Transformation des Wirtschaftssystems, soziale Stabilität und die Überwindung von Engpässen (Energie, Transport, Bildung) einbeziehen. US-Ökonomen haben die Entwicklungschancen Chinas oft mit Blick auf die Konkurrenz zu den USA analysiert und gefragt, wann Chinas Wirtschaft gleich groß wie die der USA oder größer sein wird. Auch bei diesen Untersuchungen werden Annahmen über die Wachstumsbedingungen gemacht bzw. explizit angeführt, welche wirtschaftlichen, sozialen und politischen Hindernisse die chinesische Regierung erst aus dem Wege räumen muß, um das angestrebte Entwicklungsniveau zu erreichen.

Drei mögliche Szenarien bietet Keidel in seiner Analyse bis zum Jahr 2050 an. Die auf der Basis von Kaufkraftparitäten erstellte Untersuchung kommt zu unterschiedlichen

Wachstumsraten in Abhängigkeit von Variablen wie Korruption, Handelskriege mit dem Ausland, innenpolitische Stabilität sowie den Beziehungen Chinas zu den USA. Selbst unter Idealbedingungen wird bei einer Wachstumsrate von 7% damit zu rechnen sein, daß die Wirtschaft der USA im Jahre 2015 weiterhin größer als die der VR China sein wird, auch wenn die USA nur ein Entwicklungstempo von 2,5% vorweisen könnten. Sollten Handelsstreitigkeiten mit den USA und anderen Staaten das Wirtschaftswachstum auf 6,5% jährlich abbremsen, könnte es erst im Jahre 2025 ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit den USA geben. Das dritte Szenario setzt voraus, daß die Beziehungen zu den USA sich überaus problemlos entwickeln und die Wirtschaft um 8,5-9,5% jährlich wachsen wird; China würde dann in der Lage sein, die USA im Jahre 2015 hinsichtlich der gesamten Wirtschaftskraft zu überholen. Diese letzte Prognose unterstellt, daß Ressourcen erfolgreich mobilisiert werden, ausreichend Technologie zur Verfügung steht und die sozialen Spannungen so weit wie möglich eingedämmt werden.<sup>27</sup>

Abhängig davon, in welchem Ausmaß die internen und externen Wachstumsbedingungen erfüllt werden, kommen Experten zu Prognosen über Chinas Entwicklungsperspektiven, die nur wenig abweichen. Ein Wachstum von durchschnittlich 8-9% im Jahr setzt Perkins zufolge vergleichbar hohe bzw. höhere Zuwachsraten im Exportsektor sowie weiterhin relativ hohe Zuflüsse von Auslandskapital voraus, wobei die Beachtung der Autonomierechte Hongkongs als Sonderwirtschaftsregion nach 1997 als von entscheidender Bedeutung für die Realisierung dieser Ziele angesehen wird. Notwendige inländische Voraussetzungen sind nach Perkins die Verbesserung der Qualität von Bildungseinrichtungen, die Effizienzerhöhung der Staatsbetriebe und, untrennbar damit verbunden, der Aufbau überbetrieblicher Sozialversicherungssysteme, aber auch die Reform des Finanzsystems mit wirtschaftlich unabhängigen Banken sowie die Eindämmung der Korruption.

Ohne dieses relativ hohe Wirtschaftswachstum besteht Perkins zufolge keine Möglichkeit, die erforderliche Anzahl neuer Arbeitsplätze für die aus überschüssigen Arbeitskräften bestehende Wanderbevölkerung bereitzustellen und damit das politische Unruhepotential einzudämmen. Bei einem geringeren Entwicklungstempo aufgrund von starken Rückschlägen im Export und zögerlicher Umsetzung weiterer Wirtschaftsreformen könnten dagegen nicht genügend Arbeitskräfte beschäftigt werden, und soziale Spannungen würden sich verstärken.<sup>28</sup>

Auch die Weltbank sieht hohe Wachstumsraten als Voraussetzung dafür an, daß die Armut weiter reduziert und ausreichend Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für die jährlich neu auf den Arbeitsmarkt tretenden 13-14 Mio. Menschen geschaffen werden. Bei einer geringeren Sparquote und geringerer Kapitalbildung könnte das schnelle Entwicklungstempo nicht aufrechterhalten werden. Vor diesem Hintergrund weist die Weltbank auf notwendige Produktivitätszuwächse hin, die einerseits durch eine Fortsetzung der Reform staatseigener Unternehmen und der Banken erreicht werden könnten. Andererseits wird die Gesundung der öffentlichen Haushalte als wichtige Voraussetzung dafür angesehen, daß höhere Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Armutsbekämpfung, Entwicklung der Infrastruktur und Umweltschutz durch Steigerung der Staatsausgaben durchgeführt werden.<sup>29</sup>

Aussagen zur zukünftigen Entwicklung Chinas sind stets mit Annahmen über den Zustand der Weltwirtschaft und der zukünftigen Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes für chinesische Produkte verbunden und schließen Einschätzungen zur Stabilität des Investitionsstandortes China ein. Da ein weiterer Zustrom von Auslandskapital von der inländischen Situation abhängt, müssen die Faktoren betrachtet werden, die Einfluß auf die soziale Stabilität haben.<sup>30</sup> Wie im vorliegenden Beitrag gezeigt wurde, sind Lösungsansätze für Probleme wie Arbeitslosigkeit, soziale Absicherung und personelle und regionale Einkommensunterschiede hinsichtlich ihres Einflusses auf die soziale Stabilität von vorrangiger Bedeutung. Vor allem die Schaffung neuer Beschäftigungs- und damit Einkommensmöglichkeiten wird von zentraler Bedeutung für die stabile soziale Entwicklung Chinas sein.

#### Anmerkungen:

- 1) Zu den Einflußfaktoren auf das Wirtschaftswachstum siehe u.a. Perkins, Dwight H., "China's Future: Economic and Social Development Scenarios for the 21st Century", in: OECD Forum for the Future. China in the 21st Century: Long-term global implications, Paris, 8-9 January 1996; Wu Jinglian (1995), "The Formulation and Implementation of Macroeconomic Policies in the PRC (1993-95)", in: Salomon Brothers (ed.), *The Economy of the PRC: Analysis and Forecasts*, Studies by the Salomon Brothers Panel of PRC Experts, S. 7-24, hier S. 9; World Bank (1995), *China: Macroeconomic Stability in a Decentralized Economy*, Washington, D.C., S.176.
- 2) Worldbank (1996), *The Chinese Economy. Fighting Inflation, Deepening Reforms*, Washington, D.C., S. 13-14.
- 3) Worldbank (1996), a.a.O., S. 13.
- 4) Prognosen gehen davon aus, daß bis zum Jahr 2000 nur noch 150 Mio. Bauern in der Landwirtschaft benötigt werden. Bei einer prognostizierten Gesamtzahl von 480 Mio. ländlicher Arbeitskräften im Jahre 2000 und bei fortschreitender Mechanisierung müßten dann alle übrigen ländlichen Arbeitskräfte in anderen Sektoren untergebracht sein. Siehe hierzu Schädler, Monika und Schucher, Günter (1995), "Soziale Konflikte einer aufstrebenden Wirtschaftsmacht", in: *Geographische Zeitschrift*, 85. Jahrgang, Heft 3 und 4, S. 150-167, hier S. 151.
- 5) Taubmann, Wolfgang/Fan, Jie (1995), "Die Rolle der kollektiven Gemeinde- und Dorfindustrie im Transformationsprozeß des ländlichen China", in: *Geographische Zeitschrift*, 85. Jahrgang, Heft 3 und 4, S. 187-206, hier S. 188.
- 6) *China Statistical Yearbook 1995*, S. 279.
- 7) Jun, Han (1995), "The Prospects for Agricultural Production in the PRC", in: Salomon Brothers (ed.), *The Economy of the PRC: Analysis and Forecasts*, Studies by the Salomon Brothers Panel of PRC Experts, S.45-69, hier S. 66-67.
- 8) Rawski, Thomas R. (1995), "The PRC's Industrial System: Reform, Obstacles, and Opportunities", in: Salomon Brothers (ed.), *The Economy of the PRC: Analysis and Forecasts*, Studies by the Salomon Brothers Panel of PRC Experts, S.25-43, hier S.38, kommt zu dem Schluß, daß die chinesische Statistik die Zahl der ländlichen Arbeitskräfte um rd. 100 Mio. Personen zu hoch ansetzt, während die Beschäftigungsanteile in den Bereichen Dienstleistungen, insbesondere Transport, Handel, Bauwesen zu niedrig ausgewiesen würden. Deshalb wiesen chinesische Untersuchungen eine zu hohe Zahl überschüssiger ländlicher Arbeitskräfte auf.
- 9) Der Anteil der staats eigenen Unternehmen an der Beschäftigung im Industriesektor ist auch relativ geringfügig zurückgegangen, nämlich von 69% im Jahre 1985 auf 66% im Jahre 1994. Siehe *China Statistical Yearbook 1986*, S.237 und 1995, S. 376.
- 10) Schädler/Schucher, a.a.O., beziehen sich hier auf Daten von Lora Sabin.
- 11) Schädler/Schucher, a.a.O., S. 152; Rawski, a.a.O., S. 40. Zum Anteil der Arbeitskräfte, die über Arbeitsverträge eingestellt wurden: *China Statistical Yearbook 1995*, S. 99.
- 12) Siehe hierzu das Stimmungsbild bei Interviews von Arbeitern in Staatsbetrieben der Provinz Liaoning: "Plight of Displaced Workers Detailed", in: FBIS-CHI-95-062, 31 March 1995, S. 33-35.
- 13) Bei diesen Protesten waren auch extreme Arbeitsbedingungen ein Thema, siehe hierzu: "Arbeiterproteste und Streiks", in: *China aktuell*, März 1994, S. 248.



- 14) "Erstes Arbeitsgesetz tritt zum 1. Januar 1995 in Kraft", in: *China aktuell*, Dezember 1994, S. 1200-1201.
- 15) "Verschärfung der Beschäftigungsprobleme für 1995 erwartet", in: *China aktuell*, Dezember 1994, S. 1201-1202.
- 16) "Maßnahmen zur Beschränkung der Arbeitslosigkeit", in: *China aktuell*, April 1996, S. 368-369; Rawski, a.a.O., S. 40.
- 17) "Wanderarbeiter sind fleißiger und genügsamer", in: *China aktuell*, September 1995, S. 796; Rawski, a.a.O., S. 40. Hinsichtlich der geschätzten Quote überschüssiger Arbeitskräfte von 30% siehe Stevenson-Yang, Anne (1996), "Re-vamping the Welfare-State", in: *The China Business Review*, January-February, S. 8-17, hier S. 9.
- 18) Siehe hierzu Qian, Yingyi (1995), "Reforming Corporate Governance and Finance in China", in: Aoki, Mashahiko und Kim, Hyung-Ki (Eds.), *Corporate Governance in Transitional Economies*, Economic Development Institute of the World Bank, Washington, D.C.
- 19) Die Einkommensunterschiede (Maßstab Variationskoeffizient) vergrößerten sich allerdings nur von 22% im Jahre 1986 auf 29% im Jahre 1991. Siehe hierzu die Studie von Hussain, Athar und Zhuang, Juzhoung (1994), *Impact of Reforms on Wage and Employment Determination in Chinese State Enterprises, 1986-1991*, The Development Economics Research Programme, London School of Economics, die auf einem Sample von 514 Staatsunternehmen basiert, die zwischen 1986-1991 untersucht wurden. Zum Anstieg der Subventionszahlungen siehe *China Statistical Yearbook 1995*, S. 112 mit entsprechenden Angaben für 1994.
- 20) "Contrasting Consumers", in: *China News Analysis*, 1996, No. 1557, April 1, 1-10, hier S. 3.
- 21) Krieg, Renate und Schädler, Monika (1994), "Soziale Sicherung in der Volksrepublik China: Dringlichkeit und Probleme der Reform", in: *Nord-Süd aktuell*, S. 271-282, hier S. 277.
- 22) Stevenson-Yang, a.a.O., S. 9.
- 23) Ebenda, S. 17.
- 24) "Verschlechterung des Lebensstandards alter Menschen", in: *China aktuell*, März 1996, S. 248.
- 25) Hussain/Zhuang, a.a.O., S. 3; Fischer, Doris et al., "Reformen und Entwicklungen der sozialen Sicherung in China", Beitrag zum Internationalen Symposium "Ordnungsreform und Entwicklung der chinesischen Wirtschaft in den 90er Jahren", Justus-Liebig-Universität Gießen, 18./19. Juni 1996.
- 26) "Maßnahmen zur Beschränkung...", a.a.O. (Anm. 16).
- 27) Gelb, Cathrine (1996), "Anyone's Guess. Looking at China's economy in the 21st century means making some weighty assumptions", in: *China Business Review*, May-June, S. 12-17, hier S. 15.
- 28) Perkins, a.a.O., S. 14-19.
- 29) Weltbank (1996), a.a.O., S. 14.
- 30) Gelb, a.a.O., S. 16.

Dirk Lavio\*

## Geopolitischer Akteur oder Randfigur?

### China und die neue Interessen- konstellation in Zentralasien: Eine Bestandsaufnahme

---

#### Gliederung:

#### Vorbemerkung

- 1 Aktuelle Situation und Schwierigkeiten in den jungen Republiken Zentralasiens
  - 1.1 Wirtschaftliche Lage und Probleme
  - 1.2 Innenpolitischer Zustand und mögliche Konfliktpotentiale
  - 1.3 Militärpolitik und latente zwischenstaatliche Konflikte
- 2 China und Zentralasien: Relevanz, Beziehungen und Interessen
  - 2.1 Die Bedeutung Xinjiangs für die Volksrepublik China
  - 2.2 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu den zentralasiatischen Republiken
  - 2.3 Die chinesischen Interessen in Zentralasien
- 3 Das Ringen der Anrainerstaaten um Einfluß in Zentralasien
  - 3.1 Die Türkei: Beste Ausgangslage durch gemeinsame Sprache?
  - 3.2 Der Iran: Gefahr durch den islamischen Fundamentalismus?
  - 3.3 Rußland: Dominante Macht in Zentralasien?
  - 3.4 Der Poker um das zentralasiatische Öl und die Rolle der USA
- 4 Fazit

#### Vorbemerkung

Mit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 hat Zentralasien auf einen Schlag neue geopolitische Bedeutung gewonnen. In einem strategisch heiklen Gebiet, zwischen den Giganten Rußland und China, an der Nahtstelle des islamischen, europäischen und fernöstlichen Kulturraums sowie in der Nachbarschaft Irans und des Bürgerkriegslandes Afghanistan, betraten fünf neue Staaten die Bühne der internationalen Politik - Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan.<sup>1</sup>

Bereits kurz nach der Auflösung der UdSSR erkannte die Volksrepublik China die neu entstandenen zentralasiatischen Republiken an und nahm diplomatische Beziehungen